

## Pionierinnen der Öffentlichkeitsarbeit – das Beispiel Anita Augspurg

„Propagandaarbeit! Wer weiß, was alles damit zusammenhängt, der wird niemals sagen können, daß darin keine ‚Leistung‘ liegt. [...] Propagandaarbeit [...] diese haben wir in erster Linie vorgenommen [...]“<sup>1</sup> Das resümierte 1913 die Frauenrechtlerin Minna Cauer. Hinter ihr lagen über 25 Jahre Arbeit als Aktivistin der Frauenbewegung – 25 Jahre, in denen die deutsche Frauenbewegung eine Reihe von Erfolgen errungen hatte, sei es die Öffnung der Universitäten für Frauen oder die Abschaffung von Vereins- und Versammlungsgesetzen, die Frauen bis 1908 in großen Teilen Deutschlands von politischen Versammlungen und Parteien ferngehalten hatten.

Diese Erfolge hatte die deutsche Frauenbewegung nicht aufgrund von politischen Mandaten durchgesetzt. Denn für die Parlamente der Länder und für den Reichstag besaßen Frauen damals weder ein aktives noch ein passives Wahlrecht. Es war vielmehr die von Cauer erwähnte „Propagandaarbeit“, mit deren Hilfe die Aktivistinnen der Frauenbewegung die Öffentlichkeit für ihre Anliegen mobilisiert hatten. Dabei dürfte der Terminus ‚Propagandaarbeit‘ heute befremden. Denn die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts bezeichneten ihre ideologisierte, oft realitätsverfälschende und manipulativ angelegte Kommunikation ebenfalls als ‚Propaganda‘. Im Alltagsdiskurs westlicher Demokratien hat sich in der Folge für das Kommunizieren politischer Interessen und Zielsetzungen der Begriff ‚politische Öffentlichkeitsarbeit‘ durchgesetzt.<sup>2</sup>

Im Folgenden wird nun argumentiert, dass das erfolgreiche Platzieren der Frauenfrage auf der Agenda der deutschen Presse als eine herausragende Leistung der ersten deutschen Frauenbewegung angesehen werden kann. So wurde öffentlicher Druck erzeugt, der die Politik zum Handeln zwang.

Über die Öffentlichkeit Politik zu betreiben, das war eine Strategie, die vor allem „die Seele der politischen Bewegung“,<sup>3</sup> Anita Augspurg, mit großem Geschick verfolgte. Augspurg dürfte als Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht und als radikale Pazifistin hinlänglich bekannt sein.<sup>4</sup> Ihrer journalistischen Tätigkeit für verschiedene Frauenzeitschriften<sup>5</sup> und Tageszeitungen,<sup>6</sup> im Besonderen aber ihrer Öffentlichkeitsarbeit wurde bisher weniger Beachtung geschenkt. Deshalb soll hier anhand einiger Beispiele illustriert werden, wie Augspurg Öffentlichkeitsarbeit betrieb. Dabei wird die These vertreten, dass Augspurg nur so lange ihre Anliegen erfolgreich thematisieren konnte, wie sie die Funktionsweise politischer Kommunikation, genauer: die Taktiken wirksamer Öffentlichkeitsarbeit, beachtete.



Anita Augspurg  
Münchner Stadtbibliothek / Monacensia

## Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit wird von staatlichen Stellen und Behörden, aber auch von Wirtschaftsunternehmen und Vereinen betrieben. Ist ihr Ziel eine (kommunikative) Einflussnahme auf die Struktur des Gemeinwesens, so handelt es sich um politische Öffentlichkeitsarbeit. Unter Öffentlichkeitsarbeit oder auch Public Relations ist zu verstehen: „das Management von Informations- und Kommunikationsprozessen zwischen Organisationen einerseits und ihren internen oder externen Umwelten (Teilöffentlichkeiten) andererseits. Funktionen von Public Relations sind Information, Kommunikation, Persuasion, Imagegestaltung, kontinuierlicher Vertrauenserwerb, Konfliktmanagement und das Herstellen von gesellschaftlichem Konsens.“<sup>7</sup>

Die Vereine der Frauenbewegung stellten durchaus Organisationen dar, die Kommunikationsinteressen verfolgten und Öffentlichkeitsarbeit im oben genannten Sinne betrieben. Herausgestellt seien zwei Aspekte – dass Öffentlichkeitsarbeit der Herstellung von Konsens dient und unterschiedliche Publika bzw. (Teil-) Öffentlichkeiten differenziert anspricht.

Aus der Perspektive eines Vereins lässt sich zunächst zwischen der internen und verschiedenen externen Öffentlichkeiten unterscheiden.<sup>8</sup> Während sich eine interne Öffentlichkeit in der Regel dadurch auszeichnet, dass die Adressatinnen und Adressaten im Verein organisiert und über Vereinspublikationen bzw. -aktivitäten zu erreichen sind, trifft dies für externe Öffentlichkeiten kaum zu. Im Besonderen die ‚allgemeine‘ oder politische Öffentlichkeit, die damals hauptsächlich von der Tagespresse konstituiert wurde, ist weder organisiert noch aktiv. Sie kann somit mit klassischen Vereinsaktivitäten (Versammlungen, Vereinszeitschriften und Briefwechseln) nur in Ausnahmefällen erreicht werden – und das obwohl es in der Regel erklärtes Ziel von Vereinen ist, auch in der allgemeinen Öffentlichkeit Verständnis und Akzeptanz für die eigenen (Kommunikations-) Interessen zu schaffen. Deshalb wird meist versucht, die allgemeine Öffentlichkeit über Pressearbeit zu erreichen, d.h. über das Bereitstellen von gut aufbereiteten Informationen für Journalistinnen und Journalisten. Darüber hinaus werden berichtenswerte Ereignisse inszeniert, die die Presse dann als Aufhänger für Berichte über Vereinsinteressen nutzen kann (instrumentelle Inszenierung),<sup>9</sup> und eigene Anliegen aktualisiert, d.h. in Verbindung gebracht mit bereits etablierten Themen, die gerade in der Diskussion sind (instrumentelle Aktualisierung).<sup>10</sup>

Doch zielt die Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen nicht nur auf Akzeptanz in der allgemeinen Öffentlichkeit. Vielmehr soll eine sogenannte ‚latente‘ Teilöffentlichkeit (z.B. Frauen im deutschen Kaiserreich, die zwar gemeinsam von frauenspezifischen Restriktionen betroffen waren, diese aber noch nicht als Problem wahrnahmen) in eine bewusste und schließlich in eine aktive und organisierte Teilöffentlichkeit überführt werden. Die Differenzierung der (Teil-) Öffentlichkeiten (extern-intern / latent-bewusst-aktiv) erleichtert es, die Öffentlichkeitsarbeit der ersten deutschen Frauen-

bewegung zu analysieren. Wenngleich Öffentlichkeiten, als Kommunikationsräume verstanden, nicht trennscharf voneinander abzugrenzen sind, so bietet sich doch für die erste deutsche Frauenbewegung eine Unterscheidung an zwischen vereinsinternen Teilöffentlichkeiten – z.B. die des *Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht (DVF)* –, der Teilöffentlichkeit der deutschen Frauenbewegung, die allerdings nochmals in proletarische und bürgerliche Teilöffentlichkeiten zerfiel, und der allgemeinen Öffentlichkeit.

Als zentrales Ziel von Öffentlichkeitsarbeit ist die Herstellung von gesellschaftlichem Konsens erwähnt worden. Damit ist keine grundsätzliche Vermeidung öffentlicher Konflikte gemeint. Gesellschaftliche Ausschlüsse und Unrechtserfahrungen müssen als solche artikuliert und politisch verallgemeinert werden, um gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.<sup>11</sup> Doch zielt Öffentlichkeitsarbeit auch bei der Thematisierung von sozialen Konflikten darauf, Verständnis für die artikulierten Interessen zu erreichen. Durch deren Anerkennung als berechtigt soll mit Hilfe von Ausgleichsmaßnahmen gesellschaftlicher Konsens (wieder) hergestellt werden. Und dies gilt nicht nur für extern ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, sondern ebenso für (vereins-)interne Kommunikation.

### **Anita Augspurgs Lehrjahre beim Frauenverein Reform**

Anita Augspurg startete ihr Engagement für die Frauenbewegung im Rahmen des von Hedwig Kettler gegründeten *Frauenvereins Reform*. Dieser Verein hatte sich zum Ziel gesetzt, die Erwerbstätigkeit der „unverheiratet bleibenden Mädchen der gebildeten Stände“<sup>12</sup> durch Bildungsangebote zu fördern, und vertrat damit keine bahnbrechend neuartigen Ziele. Innovativ war jedoch die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins. Das begann damit, dass schon vor dem Verein das Vereinsorgan *Frauenberuf* gegründet wurde. Ein Jahr lang diente das Blatt als Austauschforum und Sammelbecken für Gleichgesinnte, dann erst kam man 1888 überein, den *Frauenverein Reform* zu gründen. Und das Programm der Zeitschrift wurde zum Programm des Vereins.<sup>13</sup>

Nachdem sich der Verein etabliert hatte und 1892 das Erreichen des großen gemeinsamen Ziels – die Errichtung des ersten Mädchengymnasiums Deutschlands in Karlsruhe – absehbar war, gewann die Ansprache der allgemeinen Öffentlichkeit Vorrang. Auf Initiative der Vereinsvorsitzenden Hedwig Kettler verzichtete man auf das Vereinsblatt zugunsten eines Pressedienstes für Zeitungen. In der Folge wurden Artikel, die sich für eine verbesserte Mädchenbildung einsetzen, in einer Auflage von ca. 500 Exemplaren gedruckt und an Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen verschickt.<sup>14</sup> Größere Qualitäts-



Anita Augspurg: Spezialaufnahme für die *Woche*, angefertigt vom Fotoatelier Elvira Privatarchiv Richardsen

zeitungen nahmen so von den Vereinsaktivitäten Notiz,<sup>15</sup> kleinere Blätter und Generalanzeiger übernahmen die zugesandten Artikel gar vollständig – meist ohne kenntlich zu machen, dass es sich hier um PR-Material handelte.<sup>16</sup>

Obgleich die Quellenlage nicht ausreicht, um Kausalitäten herzustellen, so fällt doch auf, dass mit der Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit des *Frauenvereins Reform* ein Wandel der veröffentlichten Meinung zur Mädchenbildung einherging. Dies legt die Analyse umfangreicher Zeitungsausschnittsammlungen nahe.<sup>17</sup> Dominierte zunächst die Auffassung, die Forderungen nach Mädchengymnasien und regulärer Immatrikulation seien „Blödsinn“ und entsprängen „weibliche[n] Verwirrungen“<sup>18</sup> – die *Pfälzer Zeitung* verstieg sich gar zu der Behauptung, dass 50 Prozent der (ausländischen) Studentinnen bislang der Prostitution anheimgefallen sei<sup>19</sup> –, so sorgte vor allem das gute Abschneiden der ersten Gymnasiastinnen bei der staatlichen Abiturprüfung für eine deutlich positivere Beurteilung der Vereinsanliegen.<sup>20</sup>

Diesen Erfolgen innerhalb der allgemeinen Öffentlichkeit standen aber Schwierigkeiten bei der internen Kommunikation entgegen. Denn nachdem die Vereinszeitschrift aufgegeben worden war, fehlte ein Forum des Austauschs. Die vereinsinternen Spannungen mehrten sich, bis sich der Verein schließlich mehrmals spaltete.<sup>21</sup>

Augspurg hatte bei ihrem Engagement für den *Frauenverein Reform* nicht nur ihr erstes Betätigungsfeld – die Frauenbildung – entdeckt, sondern auch die Effekte einer kontinuierlichen Pressearbeit kennengelernt. Augspurgs Öffentlichkeitsarbeit ging allerdings von Anfang an über die reine Pressearbeit hinaus, weil sie zum einen als Rednerin Versammlungsöffentlichkeiten aktivierte, zum anderen ihre Kontakte zu einflussreichen oder prominenten Personen für gezieltes Lobbying nutzte. Es war Augspurg, die sich dafür einsetzte, den *Frauenverein Reform* für Männer zu öffnen<sup>22</sup>: „Durch die Zahl & die Namen der dem Verein beitretenden Männer zeigt man alsdann am besten, in welchem Maße unsere Ziele als berechtigt und billig bereits anerkannt werden“, argumentierte sie 1891.<sup>23</sup> Und für die von ihr gegründete Münchner *Dependance des Frauenvereins Reform* gewann sie einige schillernde Persönlichkeiten als Vereinsmitglieder wie z.B. den Vorsitzenden der bayerischen Sozialdemokratie Georg von Vollmar oder den Dichter Rainer Maria Rilke.

### **Protest gegen das BGB – die erste konzertierte Aktion der bürgerlichen Frauenbewegung**

Diese Kontakte, die Augspurg geknüpft hatte, sollten sich bei der ersten großen PR-Kampagne der bürgerlichen Frauenbewegung als hilfreich erweisen: dem Protest gegen den Entwurf für das reichsweite Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Seit 1895 hatte Augspurg die Verbesserung der Rechtssituation der Frau zu ihrem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Sie forderte die Verwirklichung von Rechtsgleichheit und wurde zur treibenden Kraft des Protestes gegen das geplante Ehe- und Familienrecht.<sup>24</sup> Und

ähnlich wie bei ihrem Engagement für den *Frauenverein Reform* setzte Augspurg auf eine möglichst breite Basis, die den Protest tragen sollte. Zunächst sicherte sie sich die Unterstützung des Dachverbandes der deutschen Frauenbewegung, des *Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF)*. Denn der *BDF* – so Augspurg – repräsentiere „alle Frauen Deutschlands“<sup>25</sup> und seine Unterschrift unter einem Aufruf unterstreiche die Legitimität der Anliegen.<sup>26</sup> Die damalige *BDF*-Vorsitzende, Auguste Schmidt, war alles andere als erbaut ob des ‚schroffen‘ Tons einer Vorlage, die ihr Augspurg als *BDF*-Aufruf präsentierte.<sup>27</sup> Doch schließlich akzeptierte sie Augspurgs Aufruf als Grundlage für eine Unterschriftensammlung.<sup>28</sup> Er wurde als Flugblatt 6.400 Mal gedruckt,<sup>29</sup> und Augspurg reiste im Frühsommer 1896 mit diesem durchs Land, um als Rednerin eine bislang noch latente, nicht aktive Öffentlichkeit – die vom BGB betroffenen Frauen – zu mobilisieren.

In ihren Versammlungen attackierte Augspurg vorrangig das geplante eheliche Güterrecht, das den Nutznieß am Vermögen, das eine Frau in die Ehe einbrachte, allein dem Mann zuschrieb.<sup>30</sup> Es war vermutlich kein Zufall, dass Augspurg gerade diese Regelung so vehement angriff. Denn das Güterrecht war nicht nur in sozialdemokratischen, sondern auch in konservativen Kreisen höchst umstritten.<sup>31</sup> Augspurg konnte hier also auf eine breite, weit über die Grenzen der Frauenbewegung hinausgehende Unterstützung spekulieren, die eine Gesetzesmodifikation möglich erscheinen ließ.

Die bereits erwähnten Kontakte zu Politikern, genauer: zu Georg von Vollmar, der Mitglied des Reichstags war, konnten ebenso für die Kampagne genutzt werden. Von Vollmar erfuhr Augspurg beispielsweise, dass große Eile in den mit dem BGB befassten Kommissionen herrschte. Denn entgegen ursprünglicher Erwartungen sollte das BGB noch vor der Sommerpause des Reichstags durchgepeitscht werden. Dank dieser Vorab-Information konnte das Timing der Kampagne angepasst werden. Kurz vor der entscheidenden zweiten Lesung im Juni 1896 wurden nochmals 18.000 Unterschriften für Augspurgs Aufruf gesammelt und unentwegt Versammlungen abgehalten. Die Presse nahm irritiert einen „Frauenlandsturm“<sup>32</sup> wahr, der mit einer Abschlusskundgebung in Berlin endete, an der ca. 3.000 Frauen teilnahmen.<sup>33</sup>

Wenngleich die Zahl von 3.000 Demonstrantinnen heute nicht mehr beeindruckend mag, so muss hier doch berücksichtigt werden, dass diese Protestversammlung zum einen nicht mit dem herrschenden Vereinsrecht vereinbar war und dass zum anderen Frauen nicht daran gewöhnt waren, ihre Interessen öffentlich zu artikulieren. Auch wenn das BGB schließlich beinahe unverändert den Reichstag passierte, so bleibt doch festzuhalten, dass es Augspurg in dieser Kampagne verstanden hatte, innerhalb der frauenbewegungsinternen Öffentlichkeit Konsens herzustellen. Über die inhaltliche Bewertung des BGB war man sich – trotz kleinerer taktischer Differenzen

– weitgehend einig. Und dieser bewegungsinterne Konsens ermöglichte ein konfliktberechtigtes Auftreten nach außen.

Der *BDF* startete allerdings keine weiteren Kampagnen dieses Stils. Vielmehr sah er in den nächsten Jahren von offensiver Öffentlichkeitsarbeit ab und konnte sich erst 1912 durchringen, systematisch Pressearbeit zu betreiben.<sup>34</sup> Die Radikalen um Anita Augspurg und Minna Cauer hingegen sahen sich durch die allgemeine Aufmerksamkeit für die BGB-Kampagne in ihrer „Propagandaarbeit“ bestätigt. „Noch so eine Niederlage und wir haben gesiegt!“, konstatierte Augspurg.<sup>35</sup> Öffentlichkeitsarbeit wurde im zunehmenden Maße verfolgt, der Erfolg von Vereinsaktivitäten am Echo in der allgemeinen Öffentlichkeit gemessen.<sup>36</sup>

### **Inszenierte Ereignisse: Augspurgs Verhaftung in Weimar**

Augspurg beließ es nicht bei öffentlichen Reden, Lobbying und reiner Pressearbeit. Sie setzte auch weitere PR-typische Kommunikationsstrategien ein wie z.B. das Inszenieren von Ereignissen.

Im Strafgesetzbuch des deutschen Reichs existierte der Paragraph 361,6, der die Prostitution verbot. Er lieferte gleichzeitig die Grundlage dafür, dass die Polizei nach Gutdünken Frauen, die sie für potentielle Prostituierte hielt, herausgreifen, zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung schicken und gegebenenfalls der Sittenpolizei unterstellen konnte. Für Augspurg stellte dieser Paragraph eine „unerträgliche Missachtung der Persönlichkeit der Frau“<sup>37</sup> dar und ihre Beilage in Minna Cauers Zeitschrift *Die Frauenbewegung*, die *Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung*, berichtete kontinuierlich über ‚polizeiliche Missgriffe‘, d.h. über Verhaftungen und Zwangsuntersuchungen von ‚unbescholtenen‘ Bürgerinnen. Den Höhepunkt fand ihre Kampagne gegen den Paragraph 361,6 im November 1902, als Augspurg mit einer provozierten Verhaftung die Aufmerksamkeit der allgemeinen Öffentlichkeit auf den Prostitutionsparagrafen lenkte.

Weil einem Weimarer Polizisten Augspurgs „eigentümliches Gebaren“<sup>38</sup> aufgefallen war, hatte er sie angehalten und Fragen zur Person gestellt. Unklar ist, ob der Schutzmann sie für eine Prostituierte oder vielmehr für einen entflohenen Häftling in Frauenkleidern hielt. Immerhin trug Augspurg einen für damalige Verhältnisse ungewöhnlichen Kurzhaarschnitt. Jedenfalls griff Augspurg schließlich ins Geschehen ein und fragte an, ob der Polizist die Absicht habe, sie zu verhaften. Augspurg wurde daraufhin tatsächlich festgenommen und zur Wache gebracht. Dabei scheint aber eher Augspurg den Schutzmann zur Wache gezerrt zu haben, denn der Polizist versuchte auf dem Weg zum Revier mehrfach, Augspurg wieder loszuwerden.<sup>39</sup>

Im Anschluss an ihre Verhaftung versuchte Augspurg dann, allgemeine Empörung auf den Paragraph 361,6 StGB zu lenken. Dies gelang ihr insofern, als die deutsche Presse zunächst den Eindruck gewann, Augspurg, die ehrwürdige Frauenrechtlerin,

sei tatsächlich aufgrund dieses Paragrafen als Prostituierte arretiert worden. Und nachdem bekannt wurde, dass der Paragraf 361,6 zwar prinzipiell die rechtliche Grundlage für Augspurgs Verhaftung hätte liefern können, in Augspurgs Fall aber nicht angewandt worden war, wurden zumindest ‚echte Missgriffe‘ im Reichstag diskutiert.<sup>40</sup> Ausgehend von Augspurgs Fall thematisierte der freisinnige Abgeordnete Ernst Müller-Meiningen verschiedene ‚polizeiliche Missgriffe‘, wobei Sprache und Diktion von weiten Teilen seiner Rede darauf schließen lassen, dass Augspurg eine Vorlage geliefert hatte. Ein Treffen der beiden im Vorfeld der Debatte ist zumindest nachweisbar,<sup>41</sup> sodass diese Rede durchaus auch als erfolgreiches Lobbying gewertet werden kann.

Aber das Presseecho auf Augspurgs ‚Verhaftung‘ und die Reichstagsdebatte war nicht ganz unproblematisch. Denn die Presse interessierte sich mehr für bereits etablierte Themen als für Augspurgs Anliegen. Sie amüsierte sich köstlich über die Tölpel bei der Polizei, die anscheinend keinen Mann von einer Frau unterscheiden konnten. Augspurgs Anliegen, die Abschaffung des Paragrafs 361,6, wurde nur am Rande diskutiert.<sup>42</sup>

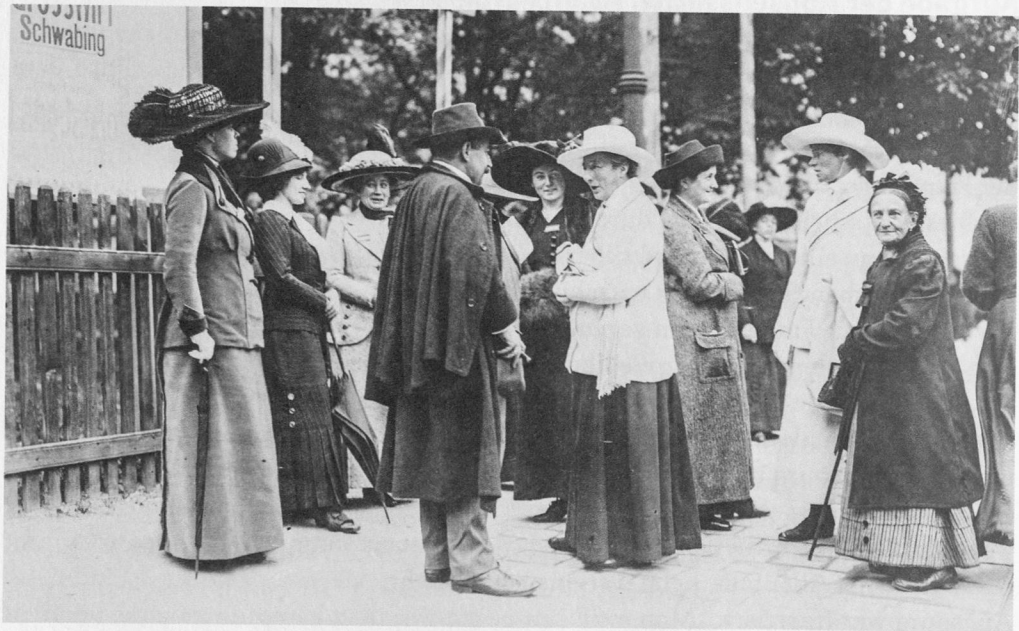
### **Aufgabe der Konsensuche: Avantgarde-Bewusstsein**

Seit der Gründung des *Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht (DVF)* im Jahr 1902 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs galt Augspurgs Engagement hauptsächlich dem Frauenwahlrecht. Zusätzlich versuchte sie, Politik im Rahmen einer Partei zu betreiben. 1903 trat sie – zusammen mit ihrer Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann – der Hamburger *Freisinnigen Volkspartei (FVP)* bei.

Diese Entscheidung dürfte durchaus von machtpolitischem Kalkül geleitet gewesen sein. Denn eine kleinere linksliberale Partei, der *Nationalsoziale Verein*, hatte stark um sie geworben.<sup>43</sup> Augspurg entschied sich aber für die größte der linksliberalen Parteien, für die Frauenfragen gegenüber weniger aufgeschlossene *FVP*: „Wollen unsere Frauen warten, bis die große liberal-demokratische Idealpartei sich konstituiert hat, so müssen sie vielleicht noch ein Jahrzehnt und länger der praktischen Politik fern bleiben und darauf verzichten, innerhalb derselben Geltung zu erlangen“, argumentierte Augspurg in ihrer Zeitschriftenbeilage und stützte fortan die *FVP*.<sup>44</sup>

Insgesamt muss die Erfahrung in der *FVP* ernüchternd gewesen sein. Die Partei weigerte sich strikt, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in ihr Programm aufzunehmen. Allenfalls beim Vereinsrecht machte sie ein paar Zugeständnisse. Augspurg war frustriert. „Man weiß nur gegen was man kämpfen möchte, nämlich gegen Parteiegoismus, Interessenpolitik, Volksverdummung, Rechtsbruch, Charakterlosigkeit und Unmoral im weitesten Sinne, man findet aber bei keiner Partei die Bundesgenossenschaft, [...] sondern überall Kompromisse, halbe Schwenkungen, Konzessionen und Paktierungen“, schrieb sie gut drei Jahre nach ihrem Parteieintritt





Propagandafahrt von Frauenrechtlerinnen während des Frauenstimmrechtskongresses in München  
Münchner Stadtmuseum, Kester, Bild 12689

Münchner Frauenstimmrechtskongress: Anita Augspurg im Gespräch mit einem Berichtstatter  
Münchner Stadtmuseum, Kester, Bild 21493

in ihrer Zeitschrift.<sup>45</sup> „[E]s macht mir keinen Spaß mehr ...“, ließ sie 1907 Minna Cauer intern wissen<sup>46</sup> und zog sich mehr und mehr aus der Partei-, aber auch Vereinsarbeit zurück. Im gleichen Jahr verließ sie die FVP und gab ihre Frauenseite in der Zeitung *Der Tag* auf.

Lida Gustava Heymann übernahm daraufhin Augspurgs Arbeit in der Frauenstimmrechtsbewegung – allerdings unter anderem Vorzeichen. Heymann zog den Gesinnungsrigorismus der Suche nach Konsens vor. Und an Heymanns Seite entwickelte auch Augspurg ein neuartiges Avantgardebewusstsein, das es ihr erschwerte, für das Fußvolk ihrer Stimmrechtsbewegung, die Presse oder gar Parteien Verständnis aufzubringen.<sup>47</sup>

Um die Jahrhundertwende hatte Augspurg zu zahlreichen Journalisten ein gutes Verhältnis aufgebaut.<sup>48</sup> Sie war beispielsweise in der Lage, in der renommierten *Frankfurter Zeitung* jederzeit „Lärm zu schlagen“.<sup>49</sup> Doch als die deutsche Tagespresse die militanten Demonstrationen der englischen Suffragetten einhellig verurteilte und Augspurg im Gegenzug die häufig misogynen Berichterstattungen polemisch attackierte – in ihrer *Zeitschrift für Frauenstimmrecht* wurden beispielsweise Journalisten als „Wurstphilister“<sup>50</sup> und die Presse in ihrer Gesamtheit als „nichtswürdig“<sup>51</sup> bezeichnet –, reagierte die Presse eingeschneppelt. Egal, wo Augspurg auftrat oder was sie inhaltlich vertrat, die Resonanz war fast durchweg negativ. Ihre Anliegen wurden fortan entweder ignoriert, bespöttelt oder auch diffamiert.<sup>52</sup>

Heymanns Rigorismus und Avantgardebewusstsein wirkten sich auch auf die vereinsinterne Öffentlichkeit aus. In privaten Briefen hatte Heymann schon 1906 geäußert, dass sie auf das Urteil der Masse der Stimmrechtlerinnen inzwischen nichts mehr gäbe.<sup>53</sup> Es sei ihr und Augspurg „völlig schnuppe“,<sup>54</sup> wenn wegen ihrer Vorträge oder Artikel „einige Vereine abfielen [...] 5 wirklich radikale Frauen sind für unsere Sache wichtiger, als 500 radikale, die es nur halb sind.“<sup>55</sup>

Überzeugungsarbeit und die Suche nach einem vereinsinternen Konsens traten in den Hintergrund. Auch sahen Augspurg und Heymann in den Vereinsblättern weniger Foren für den vereinsinternen Austausch denn Machtmittel zur Durchsetzung ihrer eigenen Positionen: Unliebsame Artikel wurden zuweilen aus den Vereinsblättern



**Heraus mit dem Frauenwahlrecht**  
**FRAUEN-TAG**  
 8. MÄRZ 1914

Den Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Hauswirtschaftlichen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gemeinde ihre Stimmen einbringen müssen, hat Durchsetzungsarbeit und realistische Stimmung das volle Staatsbürgerrecht für sich erworben.  
 Dieses natürliche Menschenrecht zu erkämpfen, ist die moralische, jede Wille jeder Frau, jeder Arbeiterin sein. Dies darf es kein Mann sein haben geben. Kommt daher alle, ihr Frauen und Mädchen zu Sie ein!

**Sonntag den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr halbtägigen**  
**Öffentl. Frauen-Versammlungen**

in nachstehenden Lokalen:

Münchner Kindl, (Hofbräuhaus)	Größer Bier, (Schwabing)	Hof. Turnerheim, (Ludwigstr. 27)
Einbrennende Bierhalle, (Hofbräuhaus)	Pennsylvanier, (Hofbräuhaus)	Brauerei Hafflacher, (Ludwigstr. 27)
Gesellschaftshaus Lindl, (Ludwigstr. 27)	Hof. Deutsche Erde, (Ludwigstr. 27)	Brauerei Böling, (Ludwigstr. 27)

Besitzerinnen: Eberhard Auer, Oskar Dürr, Konrad Knieleim, Georg Mauerer, Andreas Neubauer, Anton Reiguer, Minna Paenger, Franz Schmitt, Otto Thomas.

Sponsoren, Mütter, Arbeiterinnen! Schaltet den Frauenstag zu einer glänzenden Demonstration für das **Frauenstimmrecht!**  
**Der 8. März muß euer Ehrentag sein!**  
 Die Einberfnerin: Johanna Neumeier.

Plakat *Heraus mit dem Frauenwahlrecht*, 8. März 1914: Aufruf zu Demonstrationen und Frauenversammlungen für das Frauenstimmrecht in neun verschiedenen Münchner Lokaltäten  
 Stadtarchiv München

einfach ferngehalten.<sup>56</sup> So befremdlich einige Positionen im *DVF* heute auch erscheinen mögen – z.B. das Infragestellen des demokratischen Wahlrechts –, mit der Unterdrückung dieser Meinungen in der Vereinszeitschrift waren die Konflikte nicht gelöst. Im Gegenteil, ein wichtiges Instrument der vereinsinternen Kommunikation war nicht genutzt, ja ausgeschaltet worden. 1913 schließlich wurde Augspurg zur Abgabe der Redaktion ihrer Zeitschrift *Frauenstimmrecht!* genötigt, damit – so die Begründung – „die Zeitschrift in Wirklichkeit das Organ des Verbandes wird“.<sup>57</sup> Augspurg verließ daraufhin zusammen mit Heymann den *DVF*.

### **Von der Akteurin zum Opfer in der Öffentlichkeit: Hetze gegen Augspurg in der Weimarer Republik**

Nachdem Augspurg bereits seit 1907 auf die öffentliche Unterstützung der Presse, aber auch großer Teile der Frauenbewegung, hatte verzichten müssen, verschärfte sich ihre Isolation noch, als sie sich zusammen mit Heymann nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs für die Friedensbewegung engagierte. Die beiden Frauenrechtlerinnen wurden immer mehr von Akteurinnen zu Opfern von Öffentlichkeitsarbeit – vor allem von brutaler rechter Hetze. Ihre Pressearbeit für die Frauenfriedensbewegung stieß in den 1920er Jahren kaum auf Resonanz: „Sie glauben nicht, wie viel Schwierigkeiten unsere Mitarbeiterinnen haben, daß die verschiedenen Notizen in der Presse Aufnahme finden“, schrieb Heymann 1921.<sup>58</sup> Und: „... für unsere Ideen ist eigentlich nirgends Verständnis ...“<sup>59</sup> „Wir erscheinen den Leuten derartig überspannt, daß man uns nicht mehr ernst nimmt ...“<sup>60</sup>

Ins Abseits gestellt innerhalb der allgemeinen Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Teilöffentlichkeit der Frauenbewegung, wurden Augspurg und Heymann leicht zu Opfern von Verleumdungskampagnen.

Exemplarisch sei ein Eklat vom Februar 1924 erwähnt. Augspurg, Heymann und ihre Mitstreiterin Gertrud Baer befanden sich in London. Dort sollten die drei – so war es zumindest in der deutschen Presse zu lesen – gesagt haben, „daß die Franzosen zur Besetzung des Ruhrgebietes durch die Haltung der deutschen Industriellen gezwungen worden seien, daß sie also deswegen keinen Vorwurf verdienen. Von ihrem, dem Standpunkt der deutschen Damen aus, sei es gleich, ob das Rheinland und das Ruhrgebiet unter deutscher oder französischer Kontrolle stehe. Die Hauptsache für sie sei, daß die deutschen Industriellen unter wirksame Kontrolle kämen.“<sup>61</sup>

Diese Aussage löste in Deutschland, wo die Besetzung des Ruhrgebiets mehrheitlich als großes Unrecht angesehen wurde, heftigste Reaktionen aus. Ein Rauschen ging durch den deutschen Pressewald. Vor allem liberale und konservative Blätter ereiferten sich über das „empörende Verhalten“<sup>62</sup> der „drei Weiber“.<sup>63</sup> Die *Münchener Zeitung* betitelte einen Beitrag gar mit „Wie deutsche Frauen das Vaterland verraten“.<sup>64</sup>



Anita Augspurg am Mikrophon, 1937: Kongress der *Women's International League for Peace and Freedom*  
 FrauenMediaTurm, Köln, FT.01.Augs.03

Bezeichnenderweise stammte diese Äußerung gar nicht von Augspurg, sondern von Baer. Doch Augspurg wurde dafür in der allgemeinen Öffentlichkeit verantwortlich gemacht und an den Pranger gestellt. Für die Presse handelte es sich um einen „Augspurg-Skandal“.<sup>65</sup> Augspurg und Heymann mieden daraufhin München für die nächsten neun Monate.<sup>66</sup> Und auch im Jahr 1925 musste Heymann noch feststellen:





Anita Augspurg am Steuer ihres Wagens  
Münchner Stadtmuseum

„Wir haben immer noch sehr unter den Folgen dieser Affäre zu leiden – in unserer Arbeit und persönlich.“<sup>67</sup>

Es hat sich wohl kaum eine andere Frauenrechtlerin der ersten deutschen Frauenbewegung öffentlich so exponiert wie Augspurg. Und damit hatte sie sich auch angreifbar gemacht. Doch solange sich Augspurg zumindest auf der Ebene der Teilöffentlichkeiten um Konsens bemühte – beispielsweise innerhalb der Frauenbewegungsöffentlichkeit wie bei der BGB-Kampagne –, Koalitionen mit einflussreichen Personen bzw. Organisationen einging – wie mit Müller-Meinigen im Weimarer Verhaftungsfall – und dabei konstruktive Pressearbeit betrieb, konnte sie mit gezielten Provokationen in der allgemeinen Öffent-

lichkeit nicht nur Resonanz, sondern auch Verständnis für ihre Anliegen erzeugen. Als Augspurg aber im Zuge des Heymannschen Rigorismus keine Zweckbündnisse mehr einging, die Pressearbeit durch Presseschelte ersetzt und sich nicht mehr um Konsens in den von ihr geleiteten Vereinen bemühte, bewegte sie sich in der allgemeinen Öffentlichkeit als isolierte Akteurin, die weitgehend folgenlos attackiert werden konnte.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre hetzte im Besonderen die nationalsozialistische Presse gegen Augspurg und Heymann sowie ihre Friedensutopie. Während der *Völkische Beobachter* Augspurg – noch vergleichsweise harmlos – als „Abart des Begriffs deutsche Frau“<sup>68</sup> und „jüdische Altmeisterin der Frauenrechtleri“<sup>69</sup> bezeichnete, fragte *Der österreichische Nationalsozialist* gleich direkt: „Sind die Kugeln für solche Bestien schon gegossen? Wir hoffen es!“<sup>70</sup>

Beitrag zunächst erschienen in: *Ariadne* (44), 2003 [Themenheft „Medien, ihre Akteurinnen und Nutzerinnen im 19. und 20. Jahrhundert“], S. 22-29.

- 1 Minna Cauer: 25 Jahre Verein Frauenwohl. Berlin 1913, S. 24 f.
- 2 Vgl. zum Propagandabegriff Klaus Arnold: Propaganda als ideologische Kommunikation. In: Publizistik, 48. Jg., H. 1, 2003, S. 63-82.
- 3 Tagebücher von Minna Cauer, Eintrag vom 1.1.1902, Frauenmediaturm, Köln.
- 4 Vgl. z.B. Lida Gustava Heymann: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940. Frankfurt a. M. 1992; Christiane Henke: Anita Augspurg. Reinbek bei Hamburg 2000.
- 5 Augspurg redigierte bzw. gab heraus: Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung. Beilage zu *Die Frauenbewegung. Revue für die Interessen der Frau*, 5.-12. Jg. (1899-1906) (=PAG); Zeitschrift für Frauen-Stimmrecht. Selbständiges Organ und zugleich Beilage zu *Die Frauenbewegung. Revue für die Interessen der Frau*, 1.-6. Jg. (1907-1912) (=ZfS); *Frauenstimmrecht!* Monatshefte des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, 1.-2. Jg. (1912-1913) (=F!); *Die Frau im Staat*. Eine Monatschrift, 1.-15. Jg. (1919-1933).
- 6 Augspurg schrieb für verschiedene Zeitungen des Kaiserreichs. Herauszustellen ist eine Frauenseite mit dem programmatischen Titel „Der Kampf der Frau“, die Augspurg von 1902 bis 1907 für die illustrierte Beilage „Moderne Illustrierte Zeitung“ der konservativen Berliner Zeitung *Der Tag* redigierte.
- 7 Günter Bentele: Grundlagen der Public Relations. Positionsbestimmung und einige Thesen. In: Wolfgang Donsbach (Hrsg.): Public Relations in Theorie und Praxis. Grundlage und Arbeitsweise der Öffentlichkeitsarbeit in verschiedenen Funktionen. München 1997, S. 21-36.
- 8 Vgl. zur idealtypischen Differenzierung von (Teil-) Öffentlichkeiten: James E. Grunig und Todd Hunt: *Managing Public Relations*. New York u.a. 1984, S. 145.
- 9 Vgl. Mathias Kepplinger: Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität. In: *Aus Politik und Zeitgeschehen. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament**, H. 15, 1989, S. 3-16.
- 10 Vgl. ebd.
- 11 Vgl. zur Bedeutung der Kategorie der Erfahrung als Bindeglied zwischen der problematischen Dichotomie von privat und öffentlich: Ulla Wischermann: Feministische Theorien zur Trennung von privat und öffentlich – Ein Blick zurück nach vorn. In: *Feministische Studien*, 21. Jg., H. 1, 2003, S. 23-34.
- 12 Was bezweckt der „Deutsche Frauenverein Reform“?. Weimar 1888, S. 3.
- 13 Rundschreiben der Herausgeberin des *Frauenberuf* an einige Mitarbeiterinnen dieses Blattes vom 30.1.1888. Nachgedruckt in: *Das Mädchen-Gymnasium in Karlsruhe*, begründet vom Verein Frauenbildungs-Reform, eröffnet am 16. September 1893. Amtlicher Bericht über Entstehung, Eröffnung und Organisation der Schule, Weimar o. J. [1893], S. 5-8.
- 14 Vgl. Bericht über die vierte General-Versammlung des Vereins Frauen-Bildungs-Reform, abgehalten in Wiesbaden, 5.-7. Juni 1893, Weimar o. J. [1893], S. 4.
- 15 Vgl. Zeitungsausschnitte im Hauptstaatsarchiv München (HStAM): II MK 1115-11118, 15029 und im Stadtarchiv Hannover (StadtAH): Nachlass Kettler 58, 60-63, 79-83.
- 16 Vgl. StadtAH: NL Kettler 80.
- 17 Vgl. Zeitungsausschnitte in HStAM, a.a.O.; StadtAH: NL Kettler 58, 60-63, 79-83.
- 18 Weibliche Verwirrungen. In: *Württembergische Landeszeitung*, Nr. 250 vom 24.10.1888.
- 19 Frauengymnasien. In: *Pfälzer Zeitung*, Nr. 268 vom 2.10.1896.
- 20 Vgl. Zeitungsausschnitte HStAM, a.a.O. und im Bundesarchiv Berlin (BAB): R 8034 II 7955.
- 21 Vgl. Susanne Kinnebrock: Anita Augspurg (1857-1943). Eine kommunikationshistorische Biographie im Kontext der deutschen Frauenbewegung und der internationalen Frauenfriedensbewegung. München: Phil. Diss. 2001, S.214-220.
- 22 Vgl. Schreiben Anita Augspurgs an Hedwig Kettler [ca. Frühjahr 1892], StadtAH: NL Kettler 365.
- 23 Schreiben Anita Augspurgs an Hedwig Kettler vom 14.10.1891, StadtAH: NL Kettler 344.
- 24 Vgl. Minna Cauer: Dr. iur. Anita Augspurg zum 60. Geburtstag. In: *Vossische Zeitung* Nr. 485 vom 22.9.1917.
- 25 Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 6.6.1896, Berliner Landesarchiv (BLA): Helene-Lange-Archiv (HLA): Fiche 15-55.
- 26 Vgl. Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 2.6.1896, BLA/HLA: Fiche 15-55.
- 27 Vgl. ebd.
- 28 Vgl. ebd.
- 29 Vgl. Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 13.7.1896, BLA/HLA: Fiche 15-55.
- 30 Vgl. *Das Recht der Frau*. In: *Die Frauenbewegung*, 2. Jg., H. 5, 1896, S. 48-50.
- 31 Vgl. Christiane Berneike: Die Frauenfrage ist Rechtsfrage. Die Juristinnen der deutschen Frauenbewegung und das Bürgerliche Gesetzbuch. Baden-Baden 1995, S. 35.
- 32 Vgl. Else Lüders: *Der linke Flügel*. Berlin 1904, S. 25.
- 33 Vgl. Richard J. Evans: *The Feminist Movement in Germany 1894-1933*. London/Beverly Hills 1976, S. 41.

- 34 Dies ist daraus ersichtlich, dass der *BDF* erst seit 1912 seine Pressearbeit systematisch archivierte. Vgl. BLA/HLA: Fiche 48-218.
- 35 Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 13.7.1896, BLA/HLA: Fiche 15-55.
- 36 Vgl. exemplarisch: Vorwärts und durch! In: PAG, H. 21, 1901, S. 81.
- 37 Anita Augspurg: Schweigen die Frauen? In: PAG, H. 14, 1902, S. 53.
- 38 Anita Augspurg: Beschwerdeschrift von Dr. iur. Anita Augspurg an den Gemeindevorstand der Großherzoglichen Sächsischen Haupt- und Residenzstadt Weimar. In: PAG, H. 22, 1902, S. 85-86. Und in: Frankfurter Zeitung, Nr. 309 vom 7.11.1902.
- 39 Vgl. ebd.
- 40 Vgl. Verhandlung des Reichstages, 220. Sitzung am 22. November 1902, polizeiliche Mißgriffe betreffend. In: PAG, H. 1-2, 1903, S. 2-3, S. 6-7.
- 41 Ebd.
- 42 Vgl. Zeitungsausschnitte im BAB: R 8034 II 7956 und im Staatsarchiv Hamburg (StAHH) P.P. S 14139.
- 43 Die Nationalsozialen an der Arbeit. In: Hamburger Fremdenblatt Nr. 110 vom 12.5.1903.
- 44 Das Resultat der Wahlen, In: PAG, H. 13, 1903, S. 49.
- 45 Anita Augspurg: Programm. In: ZfS, 1. Jg., H. 1, 1907, S. 1-2.
- 46 Privatarchiv Brigitte Bruns, München: Schreiben Minna Cauers an Emma von Witt vom 17.10.1907.
- 47 Vgl. Amira Gelblum: Feminism and Pacifism. The Case of Anita Augspurg and Lida Gustava Heymann. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. Bd. 21: Neuere Frauengeschichte, 1992, S. 207-225.
- 48 Vgl. Vorwärts und durch! In: PAG, H. 21, 1901, S. 81.
- 49 Schreiben Anita Augspurgs an Paul Geheeb vom 26.7.1901, Geheeb-Archiv, Hasliberg/Schweiz.
- 50 Der Hungerstreik der Suffragettes. In: ZfS, 3. Jg., H. 9, 1909, S. 38.
- 51 Drei Dokumente englischer Männer zur Suffragettes-Bewegung. In: ZfS, 4. Jg., H. 1, 1910, S. 2-3.
- 52 Vgl. Zeitungsausschnitte in: StAHH: P.P. S 9001/I-IV und P.P. S 14139 sowie BAB: R 8034 II 7958-7966.
- 53 Vgl. Schreiben Lida Gustava Heymanns an Käthe Schirmacher vom 5.9.1906, Universitätsbibliothek Rostock: Nachlass Schirmacher 992.
- 54 Ebd.
- 55 Ebd.
- 56 Das hatte zur Folge, dass Stimmrechtlerinnen mit abweichenden Meinungen auf andere Blätter ausweichen mussten – z.B. auf das „Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine“.
- 57 Adelheid von Welczeck: Die V. Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht in Eisenach vom 6. bis 9. Oktober 1913. In: F!, 2. Jg., H. 8, 1913, S. 167-173.
- 58 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Emily Greene Balch vom 3.2.1921, Archiv der Vereinten Nationen, Genf (AVN): WILPF-Papers: III R65.
- 59 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Vilma Glücklich vom 17.1.1923, AVN: WILPF-Papers: II R41.
- 60 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Vilma Glücklich vom 4.11.1923, AVN: WILPF-Papers: II R41.
- 61 Weibliche Lumpen. Anita Augspurg und die Franzosen. In: Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 46 vom 16.2.1924.
- 62 Empörendes Verhalten „deutscher“ Frauen. In: Bremer Nachrichten, Nr. 47 vom 10.2.1924.
- 63 „Deutsche“ Frauen. In: Münchner Zeitung, Nr. 63 vom 4.3.1924.
- 64 Wie deutsche Frauen das Vaterland verraten. In: Münchner Zeitung, Nr. 48 vom 18.2.1924. Vgl. für weitere Pressereaktionen AVN: WILPF III R65.
- 65 Nochmals der Augspurg-Skandal. In: Deutsche Tageszeitung, Nr. 134 vom 19.3.1924.
- 66 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Jane Addams vom 4.11.1924, Jane-Addams-Papers, Swarthmore (JAP) 16.
- 67 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Jane Addams vom 5.3.1925, JAP 17.
- 68 Frauenliga. In: Völkischer Beobachter, Nr. 104 vom 3.5.1930.
- 69 Auch ein Verein, dem einmal das Handwerk gründlich gelegt wird. In: Völkischer Beobachter, Nr. 154 vom 3.6.1931.
- 70 Jüdisches Weibsvolk gegen den Anschluß. In: Der österreichische Nationalsozialist, Nr. 10 vom 22.1.1927.